



EUROPÄISCHE NACHBARSCHAFTS- POLITIK AUF DEM PRÜFSTAND: LEHREN AUS DEM SÜDEN

Nicole Koenig | *wissenschaftliche Mitarbeiterin, Jacques Delors Institut - Berlin*

Nikolas Scherer | *wissenschaftlicher Mitarbeiter, Hertie School of Governance, Berlin*

ZUSAMMENFASSUNG

Im Süden und Osten der Europäischen Union (EU) brennt es. Was laut der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) zum Gürtel stabiler, wohlhabender und demokratischer Staaten rund um die EU werden sollte, hat sich binnen der letzten Jahre zu einem instabilen Krisenbogen entwickelt. Die EU reagiert 2015 mit einer Überarbeitung der ENP. Im Hinblick darauf fasst dieses Policy Paper die wichtigsten Lehren aus den jüngeren Erfahrungen mit der südlichen Dimension zusammen und leitet daraus Politikempfehlungen ab.

1. Lehren seit dem „Arabischen Frühling“?

Die Entwicklungen in der MENA-Region sind seit dem „Arabischen Frühling“ sehr unterschiedlich verlaufen. Das ist größtenteils lokalen und regionalen Dynamiken zuzuschreiben, deutet aber auch auf einige Schwächen der ENP hin. Dazu gehören eine zu vage Zielsetzung; mangelnde Flexibilität bei der Zielumsetzung; ungenügende Differenzierung; inkonsequente Anwendung von Konditionalität und ein relativ einseitiger Fokus auf finanzielle Instrumente.

2. Fünf Wege zu einer effektiveren ENP

Um die ENP effektiver den Bedürfnissen und Herausforderungen der MENA-Region anzupassen, lassen sich auf Basis der Erfahrungswerte fünf Politikempfehlungen formulieren:

- **Die ENP strategischer UND flexibler gestalten:** Die ENP sollte klarere langfristige Ziele formulieren und durch den Einsatz von „Kerngruppen“ unter den Mitgliedstaaten größere Flexibilität bei der Umsetzung gewährleisten.
- **Ziele durch subregionale Strategien differenzieren:** Subregionale Strategien im Rahmen der ENP könnten die Ziele stärker an lokale Gegebenheiten anpassen und transnationalen Herausforderungen besser gerecht werden.
- **Klügere Konditionalität konsequenter anwenden:** Der Einsatz von Konditionalität sollte an klare Indikatoren gebunden werden, welche sowohl die Ambitionen der Partnerländer als auch das Einflusspotenzial der EU widerspiegeln.
- **Zivilgesellschaftliche Akteure stärker einbinden:** Die systematischere Einbindung lokaler, nicht-staatlicher Gruppen könnte der eurozentrischen Ausrichtung der ENP entgegenwirken.
- **Die ENP ganzheitlicher gestalten:** Um der wachsenden Instabilität der Region gerecht zu werden, sollte die ENP finanzielle Instrumente gezielter mit diplomatischen und sicherheitspolitischen Maßnahmen verknüpfen.

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	3
1. Lehren seit dem "Arabischen Frühling"?	3
2. Fünf Wege zu einer effektiveren ENP	5
2.1. Die ENP strategischer UND flexibler gestalten	5
2.2. Ziele durch subregionale Strategien differenzieren	5
2.3. Klügere Konditionalität konsequenter anwenden	6
2.4. Zivilgesellschaftliche Akteure stärker einbinden	6
2.5. Die ENP ganzheitlicher gestalten	6
FAZIT: ALTE KONZEPTE MIT NEUEM INHALT FÜLLEN	7
QUELENNACHWEISE	8
ZU DEN GLEICHEN THEMEN...	8

EINLEITUNG

Neuere Entwicklungen im Osten und Süden der Union deuten darauf hin, dass das grundlegende Ziel der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), nämlich die Schaffung eines Rings stabiler und wohlhabender, befreundeter Staaten an den Außengrenzen der Europäischen Union (EU), weitestgehend verfehlt wurde¹. Im Osten untergraben der anhaltende Konflikt in der Ukraine und die damit einhergehenden Spannungen mit Russland die europäische Friedensordnung. Der seit 2011 andauernde Bürgerkrieg in Syrien, staatliche Zerfallserscheinungen in Libyen und der Vormarsch der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) verschärfen die sicherheitspolitische Lage im Süden.

Der Ukraine-Konflikt wurde von den Staats- und Regierungschefs der EU schnell zur „Chefsache“ erklärt und ihre relative Einigkeit in Sachen Diplomatie und Sanktionen hat viel Lob erfahren. Bei der südlichen Dimension sieht es anders aus. Nach der *European Foreign Policy Scorecard* hat die EU-Außenpolitik 2014 im Hinblick auf die regionale Sicherheit in der MENA-Region sowie die Migrationskrise im Mittelmeer bei weitem am schlechtesten abgeschnitten².

Dieses Jahr steht erneut eine Überarbeitung der ENP an. Ziel dieses Policy Papers ist es, wichtige Lehren im Hinblick auf die südliche Dimension zusammenzutragen und entsprechende Politikempfehlungen zu formulieren. Somit soll es auch einen Beitrag zum öffentlichen Konsultationsprozess zur Überarbeitung der ENP darstellen, den die EU am 4. März 2015 angestoßen hat³. Das Policy Paper baut auf den Erkenntnissen aus einem Experten-Workshop auf, den das Jacques Delors Institut – Berlin zusammen mit der Hertie School of Governance im Rahmen des Dahrendorf-Forschungsprojekts⁴ am 23. Februar 2015 in Berlin durchgeführt hat⁵.

1. Lehren seit dem “Arabischen Frühling“?

Ende 2010 hat eine Welle prodemokratischer Proteste tiefgreifende politische und gesellschaftliche Umbrüche in der südlichen Nachbarschaft angestoßen (“Arabischer Frühling”). Die EU reagierte 2011 relativ schnell mit einer Überprüfung der Nachbarschaftspolitik⁶. Darin versprach sie vertiefte Demokratie; nachhaltigere soziale und wirtschaftliche Entwicklung; effizientere regionale Partnerschaften und einen kohärenteren Politikrahmen.

” DIE REFORM DER
ENP VON 2011 BLIEB
INSGESAMT HINTER DEN
ERWARTUNGEN ZURÜCK“

Die Reform blieb allerdings insgesamt hinter den Erwartungen zurück. Die Entwicklungen verliefen je nach Land sehr unterschiedlich. In Marokko, Tunesien, Algerien und Jordanien ist die Lage momentan vergleichsweise stabil. Dementgegen sind die Verhältnisse im Libanon und Ägypten instabil, während in Syrien und Libyen Bürgerkrieg herrscht. Staatliche Fragilität und

1. Europäische Kommission, „Wider Europe – Neighbourhood: A New Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours“, 11. März 2003,

2. Die *European Foreign Policy Scorecard* ist ein Projekt des European Council on Foreign Relations. Sie evaluiert die EU-Außenpolitik jährlich in verschiedenen Bereichen und im Hinblick auf Einigkeit, Ressourcen und Output.

3. Europäische Kommission, „Towards a new European Neighbourhood Policy: the EU launches a consultation on the future of its relations with neighbouring countries“, Pressemitteilung, 4. März 2015.

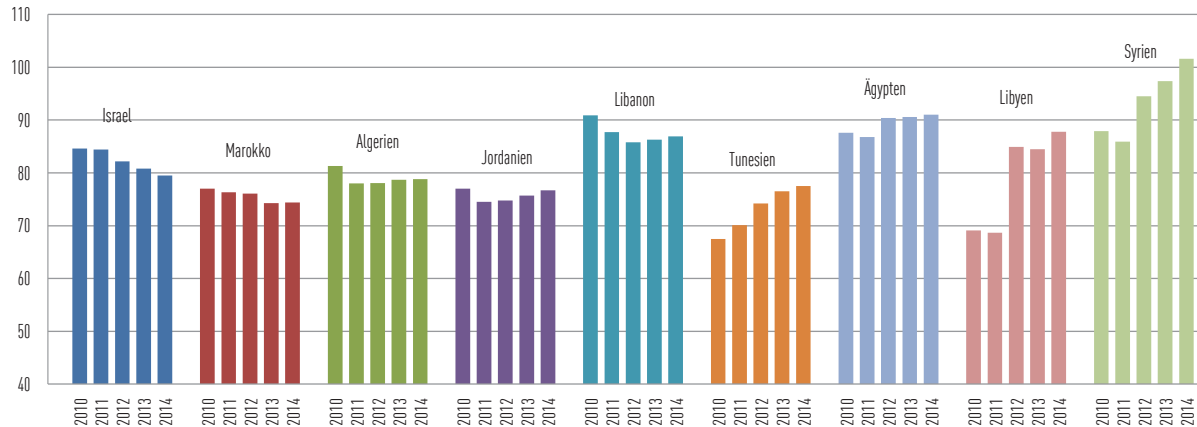
4. Die Dahrendorf-Forschungsprojekte und Symposien sind eine Initiative der Hertie School of Governance, der London School of Economics and Political Science (LSE) und der Stiftung Mercator. Unter dem Titel „Europe and the World“ hinterfragen im laufenden Projektzyklus mehrere internationale und interdisziplinäre Expertengruppen die EU-Außenbeziehungen zu verschiedenen Regionen.

5. Eine kürzere Konferenz-Synthese auf englischer Sprache finden Sie hier: Nikolas Scherer, „European Neighbourhood Policy Review: Lessons from North Africa“, *Hertie School Policy Brief*, Februar 2015 (im Erscheinen).

6. Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Europäische Kommission, „Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel: Eine Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik“, 25. Mai 2011.

anhaltende sozio-ökonomische Schwierigkeiten schüren den transnationalen Terrorismus und treiben immer mehr Migranten und Flüchtlinge auf dem gefährlichen Seeweg nach Europa.

ABBILDUNG 1 ▶ Index der gescheiterten / fragilen Staaten (2010 - 2014)⁷



Quelle: [Global Fund for Peace](#)

Die unterschiedlichen Entwicklungen sind größtenteils auf lokale oder regionale Dynamiken zurückzuführen. Gleichzeitig deuten sie aber auch auf Schwächen der ENP hin.

Zunächst haben die vergangenen Jahre gezeigt, dass es der ENP an einer eindeutigen Zielsetzung mangelt. Die Frage, was die EU als Block angesichts geopolitischer Faktoren erreichen kann und will, bleibt weitgehend unbeantwortet.

Zu diesem strategischen Vakuum gesellt sich ein Mangel an Flexibilität in der Anwendung und Anpassung der ENP-Instrumente. Die EU war von der Dynamik der politischen Transitionen in ihrer südlichen Nachbarschaft zunächst überfordert. Dies führte dazu, dass die Mitgliedsstaaten in vielen Fällen *ad hoc* das Zepter übernommen haben, was nicht immer den Eindruck einer kohärenten europäischen Nachbarschaftspolitik vermittelte.

Die unterschiedlichen Entwicklungen im Süden und Osten der Union haben erneut gezeigt, dass die 16 ENP-Länder außer ihrer relativen Instabilität wenig gemein haben. Zum einen divergieren die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten. Zum anderen stellen die Länder auch sehr unterschiedliche Erwartungen an die EU. Die ENP ist trotzdem weiterhin ein sinnvoller Rahmen, da sie die divergierenden Interessen der EU-Mitgliedsstaaten auf aggregierter Ebene zusammenschürt. Allerdings ist der Rahmen zu grob, um lokalen Unterschieden und Herausforderungen gerecht zu werden.

Seit Jahren versucht die EU den Nachbarn ihre Werte durch den Einsatz von Konditionalität zu vermitteln. Die Prinzipien „more for more“ und „less for less“, die die Höhe der finanziellen Unterstützung von Fortschritten bei der Umsetzung von Reformen abhängig machen, sind gut. Allerdings wurden sie in der Praxis nicht konsequent angewandt. Da die Ressourcen der ENP beschränkt sind und andere Player in der Region, wie beispielsweise die Golf-Staaten oft höhere Summen ohne unmittelbare Bedingungen vergeben, war die Konditionalität der EU bisher nur selten wirklich effektiv⁸.

Die multidimensionalen Krisen an Europas Südgrenzen haben unterstrichen, wie wichtig ein ganzheitlicher Ansatz ist, der politische, finanzielle und sicherheitspolitische Instrumente verknüpft und auf übergeordnete Ziele ausrichtet. Der Fokus der ENP lag bislang klar auf längerfristig angelegten finanziellen Instrumenten. Die diplomatische und sicherheitspolitische Dimension wurde eher vernachlässigt. Seit Anfang 2014 hat die

⁷ Der Fragile States Index bewertet jährlich die Fragilität von derzeit 177 Ländern anhand von sozialen, ökonomischen und politischen Indikatoren. Die Summenwerte reichen von 0-120, wobei ein höherer Wert einem höheren Maß an Fragilität entspricht.

⁸ Siehe auch Nicole Koenig, „The external challenges of the EU: what strategies?“, *Synthesis*, Jacques Delors Institut - Berlin, 18. Februar 2015.

EU beispielsweise keinen Sonderbeauftragten für den südlichen Mittelmeerraum mehr. Von drei Missionen, die man im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der Region schuf, wurden mittlerweile zwei ausgesetzt (EUBAM Rafah und EUBAM Libyen). Statt eines aktiven sicherheitspolitischen Engagements lässt momentan vor allem der Umgang mit den Machthabern in Ägypten eine Rückkehr zur Unterstützung autoritärer Stabilität vermuten⁹.

2. Fünf Wege zu einer effektiveren ENP

„DIE VORAUSSETZUNGEN FÜR EINE GRUNDLEGENDE ÜBERARBEITUNG DER ENP SIND GUT“

Die Voraussetzungen für eine grundlegende Überarbeitung der ENP sind gut. Die äußeren Bedrohungen erhöhen den politischen Handlungsdruck in Brüssel und in den Mitgliedstaaten. Derweil bereiten die EU-Kommission und die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini die Überarbeitung der ENP durch einen umsichtigen Konsultationsprozess vor. In ihrem Konsultationspapier fordern sie dazu auf, grundsätzliche Annahmen der ENP sowie deren Geltungsbereich zu hinterfragen¹⁰. Die schiere Anzahl der im Papier aufgeworfenen Fragen lässt auf substantielle Veränderungen hoffen.

Basierend auf der vorangehenden Analyse und den Erkenntnissen aus dem Dahrendorf Experten-Workshops möchten wir mit fünf Politikempfehlungen zu diesem Prozess beitragen.

2.1. Die ENP strategischer UND flexibler gestalten

Eine neu aufgestellte ENP muss den veränderten politischen und strategischen Rahmenbedingungen Rechnung tragen und zugleich flexible Reaktionen auf neuere Entwicklungen ermöglichen. Die ENP sollte zunächst klare, langfristige Ziele formulieren. Diese sollten aus einer gemeinsamen geopolitischen Analyse der Mitgliedsstaaten hervorgehen.

Gleichzeitig wäre eine Flexibilisierung bei der Umsetzung möglich. Im Rahmen der ENP könnten sich von Fall zu Fall besonders interessierte Mitgliedsstaaten zusammentun, um Entwicklungen in einem bestimmten Politikfeld oder einer Region mit größerem Nachdruck zu verfolgen. In der Praxis bilden sich derartige „Kerngruppen“ ohnehin. Sie haben den Vorteil, einer schnelleren Einigung auf Prioritäten und Kompromisse. Eine Formalisierung solcher Gruppen könnte für klarere Zuständigkeiten bei der Umsetzung der ENP sorgen.

2.2. Ziele durch subregionale Strategien differenzieren

Damit übergeordnete und längerfristige Ziele nicht im Weg einer differenzierten Betrachtung regionaler Komplexe stehen, wäre der Einsatz integrierter, subregionaler Strategien denkbar. Diese haben sich bereits in Regionen wie der Sahelzone (inklusive der drei ENP-Staaten Libyen, Marokko und Tunesien) oder dem Horn von Afrika bewährt¹¹.

Auch wenn sich subregionale Strategien den globalen Zielen der ENP unterordnen sollten, könnten sie sowohl den Interessen der Mitgliedstaaten als auch transnationalen Herausforderungen innerhalb der Region besser Rechnung tragen. Außerdem wäre eine stärkere Einbeziehung der „Nachbarn unserer Nachbarn“ bei

9. Kristina Kausch, „Egypt: the free-rider of insecurity“, in *Challenges for European Foreign Policy in 2015. How others deal with disorder*, FRIDE, 2015.

10. Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Europäische Kommission, „Joint Consultation Paper: Towards a new Neighbourhood Policy“, 4. März 2015.

11. European Union External Action Service, *Strategy for Security and Development in the Sahel*, 2011; Council of the European Union, *A Strategic Framework for the Horn of Africa*, 2011.

Zielformulierung und -Umsetzung möglich. Beispielsweise wären bei Syrien auch immer der Irak, Iran, und die Türkei mit zu bedenken.

2.3. Klügere Konditionalität konsequenter anwenden

Insgesamt sollte die ENP politischer werden und sich stärker des Instrumentariums klassischer Außen- und Entwicklungspolitik bedienen. Das impliziert auch einen klügeren und konsequenteren Umgang mit positiver und negativer Konditionalität. Die EU sollte zusammen mit den Ländern und deren Ambitionen entsprechend differenzierte Indikatoren für die Umsetzung demokratischer Reformen entwickeln. Dann gilt es, den finanziellen Spielraum, den „more for more“ und „less for less“ theoretisch bieten, in Abhängigkeit der Fortschritte auch tatsächlich zu nutzen.

Darüber hinaus sollte man neue Konditionalitätsinstrumente konzipieren, um demokratische Entwicklungen stärker von unten nach oben (Bottom-up) zu fördern. Diese Instrumente sollten nicht nur auf der höchsten politischen Ebene, sondern auch bei Entwicklungen auf der Mikro- und Meso-Ebene ansetzen. Projektspezifische Leistungen sowie gute Regierungsführung und Rechtstaatlichkeit in bestimmten Sektoren sollten belohnt werden.

„ KLÜGERE
KONDITIONALITÄT SOLLTE
MIT ATTRAKTIVEREN
ANGEBOTEN EINHERGEHEN“

Klügere Konditionalität sollte mit attraktiveren Angeboten einhergehen. Die EU sollte länderspezifisch klären, welche positiven Anreize wirksam sein könnten und inwieweit sie bereit ist, diese glaubwürdig in Aussicht zu stellen. Anreize müssen sich nicht auf klassische Bereiche wie finanzielle Unterstützung, Handel oder Mobilität beschränken. Sie könnten auch kreativere Maßnahmen in den Bereichen Tourismus oder Diplomatie umfassen.

2.4. Zivilgesellschaftliche Akteure stärker einbinden

Die ENP ist traditionell staatslastig. Sie sollte zivilgesellschaftliche Akteure stärker als bisher in Kooperationen einbinden und diese fördern, um ihnen größere Sichtbarkeit zu verleihen. Zivilgesellschaftliche Akteure sind und bleiben Träger des sozialen und politischen Reformprozesses.

Eine stärkere und systematischere Einbindung lokaler, nicht-staatlicher Gruppen könnte einer eurozentrischen Ausrichtung der ENP entgegenwirken. Man sollte in diesem Zusammenhang auch darauf achten, nicht nur pro-westliche, liberale Organisationen einzubeziehen. Wenn die EU konservativere islamische Gruppierungen ausschließt, läuft sie Gefahr den Anschluss an wichtige gesellschaftliche und politische Entwicklungen zu verlieren.

2.5. Die ENP ganzheitlicher gestalten

Sicherheit und Entwicklung bedingen sich gegenseitig. Daher sollte die EU die ENP stärker in den ganzheitlichen Ansatz einbinden. Um den Herausforderungen der regionalen Sicherheitskomplexe der MENA-Region gerecht zu werden, sollte die sicherheitspolitische Komponente der ENP gestärkt werden. Die EU könnte beispielsweise die GSVP (Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik) gezielter einsetzen, um die Resilienz der Länder zu stärken. Sinnvoll wären – auch vor dem Hintergrund des jüngsten terroristischen Angriffs in Tunis – Maßnahmen zur Stärkung des tunesischen Sicherheitssektors¹². Auch ein durchdachtes Maßnahmenpaket für Libyen, welches auf der Agenda des Außenministerrats vom 20. April steht, ist ein richtiger Schritt¹³.

12. Richard Youngs, „A new phase in Tunisia's transition“, *Carnegie Europe*, 2. März 2015.

13. Council of the European Union, „Outcome of the Foreign Affairs Council Meeting“, 16. März 2015.

Die ENP sollte gleichzeitig auch mit mehr diplomatischem Engagement unterfüttert werden. Die EU könnte sich beispielsweise noch stärker in diplomatischen Dialogen mit relevanten internationalen und regionalen Akteuren engagieren. Eine weitere Option wäre, einen neuen Sonderbeauftragten für die Region oder subregionale Komplexe zu ernennen. Um eine gemeinsame geopolitische Analyse der Mitgliedstaaten zu erleichtern, sollten die EU-Delegationen personell aufgestockt werden. Oftmals verfügen sie nur über einen Bruchteil des Personals und der Ressourcen, die nationalen Vertretungen zu Verfügung stehen.

FAZIT: ALTE KONZEPTE MIT NEUEM INHALT FÜLLEN

**„DAS GRUNDLEGENDE
ZIEL DER ENP IST HEUTE
MINDESTENS SO RELEVANT
WIE VOR ZEHN JAHREN“**

Das grundlegende Ziel der ENP - die Gestaltung ihres geopolitischen Umfelds hin zu mehr Stabilität, Wohlstand und Demokratie - ist heute mindestens so relevant wie vor zehn Jahren. Die ENP bietet einen wichtigen politischen Rahmen für eine enge wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit den Nachbarregionen.

Die politischen Entwicklungen der letzten Jahre haben jedoch in aller Deutlichkeit gezeigt, dass dieser Rahmen seiner Zielsetzung nicht gerecht geworden ist. Er hat sich, in Anbetracht grundlegender und dynamischer Herausforderungen, als zu vage und starr erwiesen.

Eine grundsätzliche Überarbeitung ist daher wünschenswert. Das Hauptaugenmerk sollte darauf liegen, konkrete langfristige Ziele zu definieren und mittelfristig differenzierte Strategien zu entwickeln. Um bereits kurzfristig eine effektivere Umsetzung zu ermöglichen, sollten die vorhandenen Instrumente verfeinert und konsequent angewendet werden. Dies wird nur dank zusätzlicher Ressourcen möglich sein.

QUELENNACHWEISE

Council of the European Union, „[Outcome of the Foreign Affairs Council Meeting](#)“, 16. März 2015.

Europäische Kommission, „[Wider Europe – Neighbourhood: A New Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours](#)“, 11. März 2003.

Europäische Kommission, „[Towards a new European Neighbourhood Policy: the EU launches a consultation on the future of its relations with neighbouring countries](#)“, Pressemitteilung, 4. März 2015.

European Council on Foreign Relations, „[European Foreign Policy Scorecard 2015](#)“.

European Union External Action Service, [Strategy for Security and Development in the Sahel](#), 2011; Council of the European Union, [A Strategic Framework for the Horn of Africa](#), 2011.

Global Fund for Peace, [Failed / Fragile States Index 2010-2015](#).

Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Europäische Kommission, „[Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel: Eine Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik](#)“, 25. Mai 2011.

Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Europäische Kommission, „[Joint Consultation Paper: Towards a new Neighbourhood Policy](#)“, 4. März 2015.

Kausch, Kristina, „Egypt: the free-rider of insecurity“, in: „Challenges for European Foreign Policy in 2015 How others deal with disorder“, *FRIDE*, 2015, http://fride.org/download/Challenges_for_European_Foreign_Policy_2015.pdf.

Koenig, Nicole, „[The external challenges of the EU: what strategies?](#)“, *Synthesis*, Jacques Delors Institut - Berlin, 18. Februar 2015.

Youngs, Richard, „[A new phase in Tunisia's transition](#)“, *Carnegie Europe*, 2. März 2015.

THE EXTERNAL CHALLENGES OF THE EU: WHAT STRATEGIES?

Nicole Koenig, *Synthesis of the Jacques Delors Institute 2014 European Steering Committee*, Jacques Delors Institut – Berlin, February 2015

WHAT BORDERS FOR THE EU: A VARIABLE GEOMETRY NEIGHBORHOOD?

Jean-François Drevet, *Policy Paper No. 97*, Notre Europe – Jacques Delors Institute, September 2013

EU NEIGHBOURHOOD: A RENEWED OPPORTUNITY

Michele Comelli (IAI), *Synthesis of the “Neighbourhood part” of the TGAE-Report, Studies & Reports No. 96*, April 2013

POTENTIAL AND LIMITS OF THE EUROPEAN NEIGHBOURHOOD POLICY

Michele Comelli (IAI), *Policy Paper n° 68*, Notre Europe - Jacques Delors Institute, February 2013

THE EU NEIGHBOURHOOD COMPETENCE UNDER ARTICLE 8 TEU

Christophe Hillion (SIEPS), *Policy Paper n° 69*, Notre Europe - Jacques Delors Institute, February 2013

THE MISSING SPRING IN THE EU'S MEDITERRANEAN POLICIES

Haizam Amirah Fernández (Elcano Royal Institute), Timo Behr (Notre Europe – Jacques Delors Institute), *Policy Paper n° 70*, Notre Europe - Jacques Delors Institute, February 2013

EU'S NEIGHBOURHOOD AS AN OPPORTUNITY?

Elvire Fabry and Chiara Rosselli, *Synthesis*, Notre Europe – Jacques Delors Institute, December 2012

Zu den gleichen Themen...

Herausgeber: Prof. Dr. Henrik Enderlein • Die Publikation gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder • Alle Rechte vorbehalten • Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe zulässig • Originalversion © Jacques Delors Institut – Berlin, 2015.



Hertie School
of Governance

Pariser Platz 6, D - 10117 Berlin
19 rue de Milan, F - 75009 Paris
office@delorsinstitut.de
www.delorsinstitut.de

